

## **Abgeordnetenhaus von Berlin – 15. Wahlperiode**

41. Sitzung vom

Berlin, Donnerstag 27. November 2003

### **Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Aufgaben des Landesamtes für Gesundheit und Soziales Berlin und des Landesamtes für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit Berlin sowie anderer Vorschriften**

Vizepräsidentin Michels: Danke schön! - Für die SPD-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Herr **Schimmler**. -Bitte sehr!

**Schimmler** (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn man den Kollegen Warnbach im Ausschuss oder aber hier hört, hat man immer das Gefühl, es geht nicht um die Regelung der Übergangssituation in der Berliner Landesverwaltung, sondern um den Untergang des Abendlandes, des christlichen - das wahrscheinlich dabei noch besonders betont.

[Gram (CDU): Das kann man nicht oft genug betonen!]

Hier geht es nur darum, lieber Kollege Wambach, dass wir eine vernünftige Regelung für eine Situation finden, die - das hat Kollege Doering ausführlich beschrieben - dadurch gekennzeichnet ist, dass wir Personal abbauen, jedenfalls was die Stellen betrifft, aber immer noch das Personal und die Kosten dafür haben. Das muss endlich geregelt werden.

Hier wird das immer fleißig gefordert. Das ist so wie bei anderen Regelungen, so zum Beispiel der Baumschutzverordnung oder Ähnlichem, da gibt es wieder andere, die dann aufschreiben. Es wird immer gesagt, der Stellenpool müsse her und es müsse alles geregelt werden, aber wenn es dann konkret wird, fängt man an, irgendwelche Haare in der Suppe zu finden und zu sagen, dass es so nicht gehe.

Teile der Oppositionsparteien haben in den Ausschussberatungen bemängelt, nicht genügend Zeit für die Beratung zu haben. Dann wollen wir doch einmal sehen, wie das aussah. Der Rechtsausschuss - das ist bereits gesagt worden - hatte gemeinsam mit dem Verwaltungsreformausschuss eine Anhörung durchgeführt - übrigens mit ähnlichen Ergebnissen und Hinweisen auf Problemlagen wie bereits in der früheren Anhörung des Ausschusses für Arbeit, die bereits am 21. Mai 2003 stattgefunden hat. Die Anhörungen im Rechtsausschuss und im Verwaltungsreformausschuss dauern eigentlich länger. Der Fraktionsvorsitzende der FDP hatte sich aber darauf eingestellt, dass Rechtsausschusssitzungen immer um 15 Uhr beendet sind. Das war bisher auch immer so üblich. Er hatte einen anderen Termin, also fand er Probleme im Gesetzentwurf, erklärte, dass er sowieso keine Zeit habe, aber wegen der so genannten Probleme werde die FDP nicht mitstimmen.

[Doering (PDS): Er hat aber einen Antrag eingebracht!]

Damit hat er aber gleich auch das Stichwort für die CDU gegeben, die dann auch auf den Gedanken kam, dass man dann eigentlich gar nicht mehr mitstimmen kann. Alles das, nachdem zum Beispiel die FDP seit über einem Jahr den Senat kritisiert, dass dieser Stellenpool nicht kommt. Immerhin enthielt sich die FDP dann im Hauptausschuss der Stimme.

Wie die realen Verhältnisse waren, erkennt man aber an der durchaus kritischen Stel-

lungnahme des Landesvorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Herrn Jetschmann. Der sagte nämlich - wenn man das einmal auf die knappe Beratungszeit bezieht -: „Der Stellenpool hat eine lange Geschichte.“ - So ist es auch. Wir haben lange darüber geredet, nicht nur in den fünf Jahren seit dem Dezember 1998, sondern auch gerade in den letzten Monaten ist darüber intensiv gesprochen worden.

Die Zeit für die Beratung schien auch der CDU augenscheinlich zu kurz zu sein. Immerhin legte die CDU einen Entwurf für ein Personalkostensenkungsgesetz vor. Dass die darin vorgesehene private Bewirtschaftung, liebe Kollegen der CDU, möglicherweise noch mehr rechtliche Probleme bringen würde, hatten Sie dabei eventuell übersehen.

Schließlich - Herr Warnbach hat das eben noch einmal mit Vehemenz vorgetragen und an uns appelliert - waren es dann allenfalls vier Zeilen einer Änderung durch die Koalition, die der CDU dazu dienen, mitzuteilen, dass man nicht an der Abstimmung teilnehmen werde. Er könne die Paragraphen nicht nachschlagen, sagte der ehrenwerte Kollege Wambach. Aber was hatte er denn eigentlich mitgebracht, wenn er die Paragraphen nicht nachschlagen konnte? Hat er den Gesetzestext nicht in der Tasche gehabt, oder hatte er nur die üblichen Luftnummer der CDU?

[Beifall bei der SPD]

Luftnummern können wir uns allerdings in dieser haushaltspolitischen Situation nicht leisten.

Wir müssen auch auf Grund des Urteils des Verfassungsgerichts -das alle immer zitieren- in den kommenden Jahren weiter wirksam Personal abbauen.

[Krestel (FDP): Pseudolösung!]

Dem dient dieser Stellenpool. Wir alle wissen, dass er rechtliche Probleme mit sich bringt. Das ist aber so, wenn man etwas Neues einführt. Wie uns allen bekannt ist, können all-gemeingültige Gesetze nur allgemeine Regeln treffen. Es wird Fälle geben, in denen Bedienstete des Landes gegen Versetzung klagen, und es werden auch einige Recht bekommen. Das ist aber schon jetzt so. Sehen Sie sich an, was bei den Gerichten los ist. Wenn Versetzungen angefochten werden, werden nicht alle Klagen der Bediensteten abgewiesen. Bedienstete bekommen Recht, wenn bei Versetzungen oder Versetzungen in den Überhang Fehler gemacht worden sind. Deshalb sagt aber niemand, das Berliner Be-amtenrecht oder die Regelungen des BAT seien insgesamt rechtswidrig - so wie man hier den Eindruck gewinnt. Wir müssen sehr darauf achten, wie es im Einzelfall aussieht, aber insgesamt wird hier ein Weg eingeschlagen, der aus Sicht eines Dienstherrn, der auch Fürsorgepflichten hat, der richtige ist. Für die Bediensteten im Überhang wird dafür gesorgt, dass sie ausbildungs- und besoldungsgemäß eingesetzt werden. Auf diesem Weg wird ihnen eine neue Dienststelle besorgt.

Dies ist, meine Damen und Herren von der Opposition - insbesondere von der CDU -, etwas, was jetzt angepackt werden muss. Sie haben selbst gesagt, der Stellenpool müsse kommen. Dann stimmen Sie aber auch einer solchen Regelung zu und suchen nicht immer nach irgendwelchen Fehlern. Allmählich bekommt man das Gefühl, Herr Kollege Wambach, wenn man sich das alles ansieht - im Zweifelsfall hält das Verfassungsgericht für alles her-, wenn die Koalition einen Vorschlag macht, gibt es immer irgendwelche rechtlichen Bedenken.

[Gram (CDU): Macht doch mal etwas Vernünftiges!]

Sie haben augenscheinlich nicht das Interesse daran, dass in dieser Stadt verantwortungsvolle Entscheidungen getroffen werden, weil Sie es augenscheinlich viel schöner fänden, hier selbst regieren zu können, und deshalb die Regierung offensichtlich in Schwierigkeiten bringen wollen. Sie übersehen dabei nur eines - und das zeigt, wie wenig verantwortungsbewusst Sie sind -: Wenn Sie irgendwann einmal wieder regieren würden,

müssten Sie mit all dem leben, was Sie jetzt mit Ihren Verzögerungen und Bedenken anrichten. Dies würde dann auf Sie zurückfallen. Seien Sie verantwortungsvoll, stimmen Sie dem Stellenpool zu! Sie schaffen damit auch die Möglichkeit für viele Bedienstete des öffentlichen Dienstes, vernünftig eingesetzt zu werden.

[Beifall bei der SPD und der PDS]